

Magistrat der Stadt Wien  
Magistratsabteilung 64  
Lerchenfelder Straße 4  
A-1082 Wien  
Tel.: (+43 1) 40 00-Dw  
Fax: (+43 1) 40 00-99-89910  
E-Mail: [post@ma64.wien.gv.at](mailto:post@ma64.wien.gv.at)  
[www.wien.at/ma64/](http://www.wien.at/ma64/)

## MA 64 - 1462/2012

Wien, am 16.4.2012

1. Elektrizitätswirtschafts- und –organisationsgesetz 2010;  
Entwurf einer Verordnung der E-Control Austria über den Lieferantenwechsel, die Neuanmeldung, die Abmeldung und den Widerspruch (Wechselverordnung Strom 2012);

**Termin: 16.4.2012**

2. Gaswirtschaftsgesetz;  
Entwurf einer Verordnung der E-Control Austria über den Lieferantenwechsel, die Neuanmeldung, die Abmeldung und den Widerspruch (Wechselverordnung Gas 2012)  
Begutachtung;  
Stellungnahme

**Vorher zur Einsicht:**  
Herrn amtsführenden  
Stadtrat für Wohnen,  
Wohnbau und Stadt-  
erneuerung:

Energie-Control Austria  
[wechsel-vo@e-control.at](mailto:wechsel-vo@e-control.at)

Sehr geehrte Damen und Herren!


Zu dem Entwurf der im Betreff näher bezeichneten Verordnungen wird seitens des Landes Wien wie folgt Stellung genommen:

Jedenfalls ist zu beachten, dass das in den genannten Verordnungen geregelte Wechselprocedere bei den Energieunternehmen eine umfangreiche Umstellung der bestehenden Wechselprozesse sowie die Anschaffung eines neuen EDV-Systems erfordert. In diesem Zusammenhang sollte daher überdacht werden, ob die Umsetzungsfristen ausreichend bemessen wurden.

Generell wird angemerkt, dass die Erlassung der Wechselverordnung Strom 2012 wie auch die Erlassung der Wechselverordnung Gas 2012 durch den Vorstand der E-Control im Hinblick auf die höchstgerichtliche Judikatur im Zusammenhang mit der Erlassung von generellen Normen durch weisungsfrei gestellte ausgegliederte Rechtsträger verfassungsrechtlich bedenklich erscheint.

Der Verfassungsgerichtshof äußert in seiner Entscheidung vom 6.10.2006 (VfSlg 17961) zu weisungsfreien Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag Bedenken zu einer Verordnungsermächtigung für diese Behörden durch den einfachen Gesetzgeber. Der Gerichtshof führt in diesem Zusammenhang auch ganz allgemein aus, dass es im Sinne des die Rechtsordnung beherrschenden demokratischen Gedankens bedenklich ist, die Schaffung genereller Normen, also von Akten der materiellen Gesetzgebung unabhängigen Organen zu übertragen, die – anders als bei der Verordnungserlassung durch oberste Organe und deren weisungsgebundenen nachgeordneten Organen – weder der unmittelbaren noch der mittelbaren parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Dieser Gedanke ist laut Rechtsgutachten des Univ. Prof. Dr. Andreas Hauer zur künftigen Organisation der Energie-Regulierungsbehörde (erstellt im Auftrag des BMWFJ im August 2009) verallgemeinerungsfähig.

Während die Verordnungsermächtigung der Regulierungskommission (Art. 12 Abs. 2 E-ControlG) durch eine Verfassungsbestimmung geregelt ist, handelt es sich bei der Bestimmung des § 7 E-ControlG, die die Aufgaben des Vorstandes näher regelt, und aus der sich in weiterer Folge die Zuständigkeit des Vorstandes zur Erlassung von Verordnungen im gegenständlichen Fall ergibt, um eine einfachgesetzliche Regelung. Es ist somit zu überlegen, ob nicht die Einräumung von Verordnungsgewalt an den Vorstand der Regulierungsbehörde durch eine Verfassungsbestimmung abgesichert werden sollte.

Referentin:  
Mag.<sup>a</sup> Pass  
 4000 - 89959

Mit freundlichen Grüßen  
Die Abteilungsleiterin:  
Dr.<sup>in</sup> Donner

**Nachrichtlich an:**

- 1.) Verbindungsstelle der Bundesländer, per E-Mail: [vst@vst.gv.at](mailto:vst@vst.gv.at)
- 2.) MD-K;
- 3.) MDR-VD;
- 4.) MD-BD;
- 5.) MD-E;
- 6.) MA 5;
- 7.) MA 20;
- 8.) Wien Energie GmbH;
- 9.) Wien Energie Gasnetz GmbH;
- 10.) Wien Energie Stromnetz GmbH.